



Rüsselsheim, den 17.06.2019

## NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 16.05.2019 um 18:00 Uhr

„A“

### TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden keine Einwände erhoben. Sie wird einstimmig genehmigt.

### TOP 2 Anträge zur Verweisung:

#### c) Antrag der CDU-Fraktion – Antrag Nr. 43 – Gemeinsamer Betrieb einer „Innenstadtwatch“ durch Stadt- und Landespolizei

Herr Stadtv. Krug beantragt, die Textpassage zu Pkt. 2 des Antrages: *„Es ist erklärtes Ziel der Stadtverordnetenversammlung...“*, zu ändern.

Die CDU-Fraktion ändert den Text zu Pkt. 2 ihres Antrages wie folgt ab:  
*„Es ist erklärtes Ziel der **CDU-Fraktion**....“*

Herr Stadtv. Vogt beantragt Einzelabstimmung zu dem Verweisungsantrag Nr. 43.

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, den Antrag der CDU-Fraktion – Antrag Nr. 43 – mit der vg. Änderung zu Pkt. 2 an den Magistrat und die zuständigen Fachausschüsse zur weiteren Bearbeitung zu verweisen.**

#### a) Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR – Antrag Nr. 41 – Transparentes und partizipatorisches Verfahren zur Namensfindung für die Großsporthalle

#### b) Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR – Antrag Nr. 42 – Gemeinwesen-Projekt „Quartiersmanagement Berliner Viertel“ – und Projekt „Gemeindegewest 2.0“

#### d) Antrag der Fraktion WsR – Antrag Nr. 44 – Maßnahmen zur Verbesserung der Park- und Lärmsituation im Bereich des Sportplatzes des VfR

**Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, die Anträge Nr. 41, 42 und 44 an den Magistrat und die zuständigen Fachausschüsse zur weiteren Bearbeitung zu verweisen.**

## **TEIL I**

### **TOP 3 Kulturkonferenz 2018 - Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme DS-Nr. 505/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht des Magistrates zur Kulturkonferenz 2018 – DS 505/16-21 – zur Kenntnis, gemäß Beschlussempfehlung des Kultur-, Schul- und Sportausschusses.

### **TOP 4 Berichtswesen gemäß Schutzschirmgesetz (SchuSG) zum 28.02.2019 -Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme DS-Nr. 506/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht gemäß Schutzschirmgesetz (SchuSG) zum 28.2.2019 – DS 506/16-21 – zur Kenntnis.

### **TOP 5 Rechenschaftsbericht des Seniorenbeirats 2018 Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme DS-Nr. 507/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Rechenschaftsbericht 2018 des Seniorenbeirats – DS 507/16-21 – zur Kenntnis.

### **TOP 6 Einführung inklusiv arbeitender Kooperationsklassen -Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme Bezug: DS 383/11-16 Schulentwicklungsplanung für die Stadt Rüsselsheim 2014-2019 DS 186/16-21 Einführung Inklusiv arbeitende Kooperationsklassen an der Eichgrundschule DS-Nr. 511/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Schulkonferenz und die Gesamtkonferenz der Eichgrundschule sich gegen die Einrichtung einer inklusiv arbeitenden Kooperationsklasse an ihrer Schule ausgesprochen haben.
2. das Thema „Inklusiv arbeitende Kooperationsklassen“ in die Erarbeitung des neuen Schulentwicklungsplanes 2019 – 2024 einfließen wird.

**TOP 7      Schulentwicklungsplanung für die Stadt Rüsselsheim am Main 2019-2024  
DS-Nr. 509/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Schulentwicklungsplanung für die Stadt Rüsselsheim am Main 2019 – 2024 – DS 509/16-21 – zur Kenntnis, gemäß Beschlussempfehlung des Kultur-, Schul- und Sportausschusses.

**TOP 8      Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für unter Dreijährige 2019/2020  
DS-Nr. 512/16-21**

Zur DS 512/16-21 – Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für unter Dreijährige 2019 / 2020 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.9. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B.1. einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

**TOP 9      Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt 2019/2020  
DS-Nr. 513/16-21**

Zur DS 513/16-21 – Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt 2019/2020 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.9. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.3. einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

**TOP 10     Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Grundschul Kinder 2019/2020  
DS-Nr. 514/16-21**

Auf der Grundlage der geänderten Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses (neu eingefügt: Ziffer B.4.) zur DS 514/16-21 – Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Grundschul Kinder 2019/2020 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.5. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.4. einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung.

**TOP 11     Verbindliche Bauleitplanung  
Bebauungsplanverfahren Nr. 71, „Innenstadt-Nord, Schäfergasse“  
Hier: Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung  
der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB am Verfahren  
DS-Nr. 517/16-21**

Zur DS 517/16-21 – Bebauungsplanverfahren Nr. 71, „Innenstadt-Nord, Schäfergasse“; Hier: Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB am Verfahren – beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern 1. bis 5. einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

**TOP 12      Französische kulinarische Woche am Main im Sommer**  
**Bezug: Antrag Nr. 34 der SPD-Fraktion vom 18.09.2018**  
**DS-Nr. 502/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 502/16-21 – Französische kulinarische Woche am Main im Sommer; Bezug: Antrag Nr. 34 der SPD-Fraktion vom 18.09.2018 – einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Kultur-, Schul- und Sportausschusses.

**TOP 13      Umzug einer ehrenamtlichen Fahrradwerkstatt für Geflüchtete in die**  
**Asylbewerberunterkunft Hans-Sachs-Straße 86**  
**DS-Nr. 515/16-21**

Zur DS 515/16-21 – Umzug einer ehrenamtlichen Fahrradwerkstatt für Geflüchtete in die Asylbewerberunterkunft Hans-Sachs-Straße 86 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.3. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

**TOP 14      Nachbenennung von Mitgliedern für die Schulkommission**  
**Bezug: DS 61/16-21 - Bildung der Schulkommission**  
**DS-Nr. 503/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 503/16-21 – Nachbenennung von Mitgliedern für die Schulkommission; Bezug: DS 61/16-21 – Bildung der Schulkommission – einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 15      Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des**  
**Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2016 - 2021**  
**hier: Stellvertretung für Die Linke/Liste Solidarität Fraktion**  
**DS-Nr. 508/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 508/16-21 – Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses für die Wahlperiode 2016 – 2021; hier: Stellvertretung für Die Linke/Liste Solidarität Fraktion – einstimmig bei 1 Stimm-Enthaltung, gemäß Beschlussempfehlung des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses.

## **TEIL II**

**TOP 16      Ergänzung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019**  
**DS-Nr. 457b/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 39 Ja-Stimmen bei 4 Stimm-Enthaltungen folgenden Beschluss:

1. In der am 14.03.2019 beschlossenen Haushaltssatzung 2019 wird der bisherige § 6 (Stellenplan) zu § 7.
2. Die Haushaltssatzung 2019 wird um einen neuen § 6 wie folgt ergänzt:  
  
„Es gilt das von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Haushaltssicherungskonzept.“

**TOP 17 Antrag der Fraktionen FWR/FNR, FDP und CDU - Vorstellung und Aushändigung der Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung zum Neubau eines Betriebshofes für den Städteservice Raunheim/Rüsselsheim**

Zum beigefügten Antrag der Fraktionen FWR/FNR, FDP und CDU – Vorstellung und Aushändigung der Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung zum Neubau eines Betriebshofes für den Städteservice Raunheim/Rüsselsheim – liegt ein Ergänzungsantrag des Stadtv. Herrn Prof. Dr. Flörsheimer vom 13.05.2019 vor. Dieser ist ebenfalls in der Anlage beigefügt.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag des Herrn Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer vom 13.05.2019:

Der Ergänzungsantrag des Herrn Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer:

- „2. *Die Berechnungen sind bis zum 18. Juni mit Hilfe der aktuellen Baukosten und Erkenntnisse auf den heutigen Stand fortzuschreiben.*“

wird mit 21 Nein-Stimmen bei 21 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Abstimmung über den Antrag der Fraktionen FWR/FNR, FDP und CDU – Vorstellung und Aushändigung der Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung zum Neubau eines Betriebshofes für den Städteservice Raunheim/Rüsselsheim:

Der Antrag der Fraktionen FWR/FNR, FDP und CDU:

- „1. *Der Magistrat stellt unverzüglich, spätestens jedoch am 18. Juni 2019, in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses die 2017 an ihn gegangene Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung zum Neubau eines Betriebshofes vor und stellt die dazu an ihn gegangenen Unterlagen vollumfänglich mit der Einladung zur Sitzung den Ausschussmitgliedern zur Verfügung.*“

wird **einstimmig beschlossen**.

Protokollnotiz:

Herr Stadtv. Tollkühn ist bei der Diskussion und Abstimmung über den TOP 18 nicht im Sitzungssaal anwesend.

Herr Stadtv. Vorsteher Grode teilt mit, dass in Absprache mit der Raunheimer Stadtverordnetenvorsteherin Frau Heike Blaum voraussichtlich im September 2019 eine gemeinsame Sitzung der beiden Stadtverordnetenversammlung von Raunheim und Rüsselsheim zur Thematik „Städteservice AöR“ stattfinden wird.

**TOP 18 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FW/FNR - Vorlage verschiedener Unterlagen und Analysen hinsichtlich der Standortfrage Städteservice Raunheim/Rüsselsheim**

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FW/FNR – Vorlage verschiedener Unterlagen und Analysen hinsichtlich der Standortfrage Städteservice Raunheim/Rüsselsheim – vor.

Es wird Einzelabstimmung beantragt zu den Punkten des Antrages.

Abstimmung über den Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FW/FNR – Vorlage verschiedener Unterlagen und Analysen hinsichtlich der Standortfrage Städteservice Raunheim/Rüsselsheim:

Abstimmung zu Pkt. 1.):

Pkt. 1.) des Antrages:

*„Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim wird beauftragt:*

- 1.) *Der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim ist aufzufordern, die Mengen der unterschiedlichen Wertstofffraktionen sowie das aktuelle Preis- bzw. Gebührenmodell umgehend an die AWS zu übermitteln, damit die beschlossene wirtschaftliche Vergleichsrechnung unterschiedlicher Wertstoffhofkonzepte erfolgen kann.“*

**wird mit 24 Ja-Stimmen bei 18 Nein-Stimmen beschlossen.**

Abstimmung zu Pkt. 2.):

Pkt. 2.) des Antrages:

*„Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim wird beauftragt:*

- 2.) *Der mögliche Standort an der Kläranlage ist vor dem Hintergrund möglicher Erweiterungserfordernisse der Kläranlage, dem Schallschutz für die benachbarten Wohnlagen (mit und ohne Wertstoffhof) sowie der Leistungsfähigkeit der Verkehrsanbindung, zu prüfen.“*

**wird einstimmig beschlossen.**

Abstimmung zu Pkt. 3.):

Pkt. 3.) des Antrages:

*„Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim wird beauftragt:*

- 3.) *Für den Standort an der Kläranlage sind die Gesamtinvestitionskosten zu ermitteln. Es ist die Variante mit einem Wertstoffhof und ohne Wertstoffhof gesondert darzustellen.“*

wird **einstimmig beschlossen**.

Abstimmung zu Pkt. 4.):

Pkt. 4.) des Antrages:

„Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim wird beauftragt:

- 4.) *Für die grundhafte Modernisierung und Sanierung des Standorts Johann-Sebastian-Bach-Straße sind die Gesamtinvestitionskosten zu ermitteln. Es sind die Varianten mit Wertstoffhof und ohne Wertstoffhof darzustellen.“*

wird mit **28 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen beschlossen**.

Abstimmung zu Pkt. 5.):

Pkt. 5.) des Antrages:

„Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim wird beauftragt:

- 5.) *Es ist grundsätzlich darzustellen, wie die Finanzierung der Investitionen erfolgen soll und welche Auswirkungen dies auf den städtischen Haushalt hat.“*

wird **einstimmig beschlossen**.

Abstimmung zu Pkt. 6.):

Pkt. 6.) des Antrages:

„Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim wird beauftragt:

- 6.) *Es werden Beispielrechnungen für die Bepreisung des zukünftigen Leistungskatalogs bei Realisierung des neuen Standorts (mit und ohne Wertstoffhof) für Rüsselsheim mit unterschiedlichen Eigenkapitalannahmen, inkl. einer Variante, die kein Eigenkapital vorsieht, vorgelegt. Gleiches ist auch für einen modernisierten Standort Johann-Sebastian-Bach-Straße zu erstellen.“*

wird **einstimmig beschlossen**.

Protokollnotiz:

Herr Stadtv. Tollkühn ist bei der Diskussion und Abstimmung über den TOP 18 nicht im Sitzungssaal anwesend.

**TOP 19 Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR - Auswirkungen der Novellierung der HBO hinsichtlich Garagen, Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Abstellplätze für Fahrräder auf die Stadt Rüsselsheim am Main**

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke/Liste Solidarität und FWR/FNR – Auswirkungen der Novellierung der HBO hinsichtlich Garagen, Stellplätze für Kraftfahrzeuge und Abstellplätze für Fahrräder auf die Stadt Rüsselsheim am Main – vor.

Frau Stadtv. Schmitz-Henkes teilt für die Antrag stellenden Fraktionen mit, dass der Antrag zurückgezogen wird, da für die Juni-Runde eine Drucksache zu der Thematik vorliegt.

**TOP 20 Antrag der Fraktionen FWR/FNR, FDP und CDU -  
Parkzeitbeschränkungen in der Straße "Am Borngraben"**

**TOP 21 Antrag der Fraktion WsR - Aufhebung des Beschlusses der  
Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2018 zur DS 369/16-21 -  
Änderung der Gebührensatzung der Parkgebühren**

Es liegen die nachfolgend aufgeführten und in der Anlage beigefügten Anträge vor:

- Antrag der Fraktionen FWR/FNR, FDP und CDU – Parkzeitbeschränkungen in der Straße „Am Borngraben“
- Antrag der Fraktion WsR – Aufhebung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2018 zur DS 369/16-21 – Änderung der Gebührensatzung der Parkgebühren.

Die Antrag stellenden Fraktionen erklären, dass sie die beiden Anträge zu einem gemeinsamen Antrag zusammenfassen, mit folgendem Wortlaut:

Die Formulierung des jeweiligen Punkt 1 der beiden Anträge entfällt und wird durch folgenden Text ersetzt:

„1. *Die Regelungen mit Parkscheiben werden außer Vollzug gesetzt, außer am Berliner Platz.*“

Als Punkt 2. wird die Formulierung des Pkt. 2 des WsR-Antrages übernommen:

„2. *Der Magistrat erarbeitet gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern in den betroffenen Gebieten eine neue Satzung und legt diese zu den HH Beratungen 2020 der Stadtverordnetenversammlung vor.*“

Als Punkt 3. wird die Formulierung des Pkt. 2 des Antrages der Fraktionen FWR/FNR, FDP und CDU übernommen, mit einer Ergänzung (**fett**):

„3. *Gewerbetreibende, die Anlieger an Straßen und Plätzen mit Parkzeitbeschränkungen sind, erhalten zwei Parkausweise, die nicht kennzeichengebunden sind, sondern auf den Betrieb ausgestellt sind. **Parkausweise für Gewerbetreibende sind kostenfrei.***“

Im Laufe der Diskussion wird der neu formulierte Punkt 1. ergänzt (**fett, unterstrichen**):

„1. *Die Regelungen mit Parkscheiben **gemäß DS 369/16-21** werden außer Vollzug gesetzt, außer am Berliner Platz.*“



Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer stellt folgenden Änderungsantrag zu dem neu formulierten Pkt. 1.:

*„Die Parkscheibenregelung ist auch am Berliner Platz außer Kraft zu setzen.“*

Nach eingehender Diskussion stellt Herr Stadtv. Metz den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte und sofortiger Abstimmung.

**Dem Antrag zur Geschäftsordnung des Herrn Stadtv. Metz wird mit großer Mehrheit zugestimmt.**

Abstimmung über den Änderungsantrag des Herrn Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer zu dem neu formulierten Pkt. 1.:

Der Änderungsantrag des Herrn Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer zu dem neu formulierten Pkt. 1.:

*„Die Parkscheibenregelung ist auch am Berliner Platz außer Kraft zu setzen.“*

**wird mit der Mehrheit der Nein-Stimmen bei 1 Ja-Stimme abgelehnt.**

Abstimmung über die geänderte Formulierung der beiden zusammengefassten Anträge der Fraktionen FWR/FNR, FDP, CDU und WsR:

Die Zusammenfassung der beiden Anträge der Fraktionen FWR/FNR, FDP, CDU und WsR mit folgenden Text:

- „1. Die Regelungen mit Parkscheiben **gemäß DS 369/16-21** werden außer Vollzug gesetzt, außer am Berliner Platz.
- „2. Der Magistrat erarbeitet gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern in den betroffenen Gebieten eine neue Satzung und legt diese zu den HH Beratungen 2020 der Stadtverordnetenversammlung vor.
- „3. Gewerbetreibende, die Anlieger an Straßen und Plätzen mit Parkzeitbeschränkungen sind, erhalten zwei Parkausweise, die nicht kennzeichengebunden sind, sondern auf den Betrieb ausgestellt sind. **Parkausweise für Gewerbetreibende sind kostenfrei.“**

**wird mit 22 Nein-Stimmen bei 19 Ja-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen abgelehnt.**

**TOP 22 Abschaffung Raucherpausen  
Bezug: Haushaltsbegleit Antrag Nr. 69 der WsR-Fraktion zum Haushalt  
2018  
DS-Nr. 501/16-21**

Zu der Thematik liegt der beigefügte Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vor.

Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

Der Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

*„Die SVV fordert den Magistrat auf, seinen Beschluss zu revidieren und die bisherige Regelung für Raucherpausen in der Verwaltung beizubehalten.“*

wird mit **28 Nein-Stimmen bei 7 Ja-Stimmen und 2 Stimm-Enthaltungen abgelehnt.**

Die DS 501/16-21 wird wie folgt zur Kenntnis genommen:

**Kenntnisnahme:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Magistrat beschlossen hat, die bislang geübte Praxis, Raucherpausen ohne Zeiterfassung als Arbeitszeit gelten zu lassen, zum Ende des 1. Quartals 2019 abzuschaffen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Haushaltsbegleitantrag Nr. 69 der WsR-Fraktion vom 19.02.2018 umgesetzt wird und somit erledigt ist.

**TOP 23 Anfragen und Mitteilungen**

Es liegt die beigegefügte Anfrage der Fraktion WsR vom 01.05.2019 „Bericht des Oberbürgermeisters zum aktuellen Bearbeitungsstand der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung aus dem November 2016 zum Themenkomplex „Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit“ in der Rüsselsheimer Innenstadt“ vor.

Die Anfrage wird von Herrn Oberbürgermeister Bausch ausführlich beantwortet.

Herr Stadtv. Metz bittet darum, den Bericht des Oberbürgermeisters schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Frau Stadtv. Steinborn erklärt, dass die umfangreiche Anfrage der Fraktion WsR den Rahmen des TOP „Anfragen und Mitteilungen“ überfordert. Sie bittet darum, solche Anfragen künftig anders zu handhaben bzw. zur schriftlichen Beantwortung einzureichen. Frau Stadtv. Steinborn weist auf das diesjährige „Stadtradeln“ hin, das zum 01.06.2019 beginnt, und bittet um rege Teilnahme.

Herr Stadtv. Metz fragt nach einem aktuellen Sachstandsbericht zum „Rescue Day“. Frau Hartung, Fachbereichsleiterin Bürgerservice und Wahlen, teilt mit, dass eine Anfrage des Vereins gestellt wurde, die Veranstaltungsfläche vom Mainvorland auf den Verna-Park auszudehnen. Dem konnte nicht stattgegeben werden. Dies wurde dem Verein mitgeteilt. Hierzu gab es von Vereinsseite bis heute keine Rückmeldung.

Herr Stadtv. Stahl spricht die Wohnungs- und Bauplatznot im Stadtteil Bauschheim an und fragt nach dem Sachstand zu den Baugebieten „Steinkaute“ und „Rheingauer Straße“ (ehemaliges Kita-Gelände).

Herr Oberbürgermeister Bausch antwortet, dass für das Baugebiet „Steinkaute“ derzeit die Erschließungsmaßnahmen erfolgen. Hinsichtlich des Sachstandes zum Baugebiet „Rheingauer Straße“ wird er nachfragen.

Frau Stadtv. Boukayeo moniert, dass der am 3.11.2016 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Antrag „Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in der Rüsselsheimer Innenstadt“ bis heute nicht umgesetzt wurde. Sie fragt des Weiteren nach Terminen bzw. einem Zeitfenster für die Sitzungen des Präventionsrates.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt mit, dass die erste Zusammenkunft des Präventionsrates im Laufe der nächsten vier Wochen erfolgt.

Herr Stadtv. Walczuch fragt nach dem Sachstand zum beschlossenen Ersatzneubau der Georg-Büchner-Schule.

Herr Stadtrat Kraft teilt mit, dass dieses Projekt im Rahmen einer mittelfristigen Finanzplanung realisiert wird. Derzeit haben andere Projekte Priorität.

Frau Stadtv. Tancik fragt nach dem Termin einer Sitzung der interfraktionellen Arbeitsgruppe Grundschule Königstädten.

Herr Stadtrat Kraft antwortet, dass ein Termin mit allen Beteiligten in den nächsten zwei bis vier Wochen koordiniert wird.

Herr Stadtv. Vorsteher Grode bedankt sich beim Ältestenrat für die Teilnahme an der Aktion „Wählen gehen“ im Vorfeld der anstehenden Europawahl, die öffentlichkeitswirksam in der Presse Niederschlag gefunden hat.

Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer gibt eine persönliche Erklärung ab und thematisiert den kürzlichen Vorfall der Schießerei in Rüsselsheim.

Im Laufe des Redebeitrages von Herrn Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer weist Herr Stadtv. Vorsteher Grode ihn darauf hin, dass der Inhalt seiner Erklärung nicht als persönliche Erklärung anzusehen ist und entzieht ihm das Wort.

Herr Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer protestiert dagegen.



An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jens Grode  
Marktplatz 4  
65424 Rüsselsheim

Fraktion der CDU  
in der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Rüsselsheim am Main

Michael Ohlert  
Fraktionsvorsitzender  
Rathaus/Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim am Main

Matthias Metz  
Geschäftsführer  
[matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de](mailto:matthias.metz@cdu-ruesselsheim.de)  
[www.cdu-ruesselsheim.de](http://www.cdu-ruesselsheim.de)

Rüsselsheim, 29. April 2019

## **Antrag zur Verweisung an den Magistrat:**

### **Antrag:**

1. Der Magistrat prüft mit dem hessischen Innenministerium den gemeinsamen Betrieb einer „Innenstadtwatch“ durch Stadt- und Landespolizei.
2. Es ist erklärtes Ziel der Stadtverordnetenversammlung, dass diese „Innenstadtwatch“ 24 Stunden am Tag besetzt ist.
3. Es ist mit Innenministerium und Landespolizei zu klären, ob eine punktuelle Videoüberwachung in der Innenstadt die Arbeit aus der „Innenstadtwatch“ heraus sinnvoll unterstützen kann.

### **Begründung:**

In der DS 357/16-21 erklärt der Magistrat als Zwischenbericht, dass die Räumlichkeiten im Palais Verna für die notwendige personelle Erweiterung der Stadtpolizei nicht ausreichend sind, so dass Alternativstandorte aktuell geprüft werden. Eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe sei eingerichtet, die die verschiedenen Optionen prüft. Hierbei würde der Vorschlag, die Stadtpolizei in der Innenstadt unterzubringen, ausdrücklich begrüßt.

Eine Ergänzung der Arbeit der Stadtpolizei durch die Landespolizei erscheint sinnvoll. Nur ein 24 Stunden Betrieb einer „Innenstadtwatch“ schafft wirkliche Präsenz rund um die Uhr. Ein punktueller Streifendienst ist in der aktuellen Sicherheitslage nicht mehr ausreichend und der Standort im Hasengrund räumlich vom Geschehen zu weit entfernt. Auch Oberbürgermeister Udo Bausch erklärte bereits im August 2018 gegenüber der Presse: „Mein Ziel ist es, dass die Stadtpolizei von morgens bis in die Nacht für die Bürger da ist.“

Durch das räumliche Zusammenwachsen des Rhein-Main-Gebietes kann man Rüsselsheim beim Thema Sicherheit nicht mehr als einfaches Mittelzentrum betrachten, sondern muss sich auch im Bereich der Kriminalität seiner Lage bewusst sein und entsprechend reagieren.

Die durch Stadt- und Landespolizei erzielten positiven Ergebnisse in den Bereichen illegales Glücksspiel, Drogenkriminalität, Diebstahl und gefährlicher Delikte im Straßenverkehr verdeutlichen allerdings auch, dass in Rüsselsheim der Bedarf für einen intensiveren Schutz der Bürgerinnen und Bürger vorhanden ist. Schlagzeilen wie: „Schießerei nach Streit zwischen Großfamilien“, „Eisdielenmord“ oder „Bei Kriminalität ist Rüsselsheim Spitze“ dürfen nicht zur Normalität werden.

Die veröffentlichte Kriminalitätsstatistik 2018 zeigt deutlich auf, dass der Trend in Rüsselsheim leider in die falsche Richtung geht. Zwei Tötungs- und 49 Sexualdelikte, 314 sogenannte Rohheitsdelikte, davon 84 unter der Rubrik gefährliche oder schwere Körperverletzung und 213 unter vorsätzlicher oder leichter Körperverletzung sollten den dringenden Bedarf zum Handeln verdeutlichen.



Michael Ohlert  
CDU Fraktion



Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
 Jens Grode  
 Rathaus  
 Marktplatz 4  
 65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, 8. April 2019

### Antrag zur Verweisung

Antrag:

Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung eine Drucksache für ein transparentes und partizipatorisches Verfahren zur Namensfindung für die Großsporthalle zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Das Verfahren ist ergebnisoffen anzulegen.

Die Namensgebung soll im Benehmen mit dem Sportbund erfolgen.

### Begründung:

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14. März 2013 trägt die Großsporthalle diesen Namen, der damals als Übergangsnamen gedacht war. Sechs Jahre später ist es Zeit, einen Prozess anzustoßen, um der Halle einen endgültigen Namen zu geben. Auch die Beibehaltung des derzeitigen Namens soll möglich sein.

Dafür ist ein Verfahren zu entwickeln, das ergebnisoffen ist und der gesamten Rüsselsheimer Bevölkerung die Möglichkeit gibt, sich zu beteiligen.

Sanaa Boukayeo  
 Fraktionsvorsitzende  
 SPD

Maria Schmitz-Henkes  
 Fraktionsvorsitzende  
 Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz Schneckenberger  
 Fraktionsvorsitzender  
 Die Linke/Liste Solidarität

Robert Adam-Frick  
 Fraktionsvorsitzender  
 FWR/FNR



Fraktion  
Rüsselsheim



**DIE LINKE**  
Liste  
**SOLIDARITÄT**

Fraktion  
**FWR**  
**FNR**

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
Jens Grode  
Rathaus  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 8. April 2019

**Antrag zur Verweisung**

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat

1. einen Zwischenbericht zum Gemeinwesen-Projekt 'Quartiersmanagement Berliner Viertel' und zum Projekt Gemeinweschwester 2.0 vorzulegen.
2. zu prüfen, ob zur Förderung der weiteren Entwicklung des Berliner Viertels eine Aufnahme in das Programm 'Soziale Stadt' sinnvoll und möglich ist.
3. zu prüfen, ob weitere Förderprogramme zur Verfügung stehen.

**Begründung:**

Das Berliner Viertel ist ein wachsender Stadtteil, der sich im Generationenumbruch befindet. Der Platzdruck in Kitas und Schule wird größer. Eine strukturierte Begleitung des Prozesses erscheint notwendig. Dazu sollten die zur Verfügung stehenden Förderprogramme genutzt werden.






Sanaa Boukayeo  
Fraktionsvorsitzende  
SPD

Maria Schmitz-Henkes  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz Schneckenberger  
Fraktionsvorsitzender  
Die Linke/Liste Solidarität

Robert Adam-Frick  
Fraktionsvorsitzender  
FWR/FNR

Antrag Nr. 44



WSR-Fraktion  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115  
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, den 06.05.2019

**Antrag nach §17 der Geschäftsordnung der  
Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim zur Verweisung in der  
Sitzung am 16.05.2019**

1. Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung eine Drucksache vor, in der Maßnahmen zur Verbesserung der Park- und Lärmsituation im Bereich des Sportplatzes des VfR geprüft und die Kosten geschätzt werden.
2. Als Maßnahmen sind mindestens zu prüfen und zu bewerten:
  - a) Befestigung der Fläche hinter dem VfR (siehe Skizze Fläche A) durch Kies, Schotter oder ähnliche Materialien und dessen Nutzung als Parkfläche.
  - b) Die Errichtung einer Schallschutzwand zwischen Sportplätzen und Gärten Niersteiner Straße (Skizze B).
  - c) Verbesserung der Wegführung zwischen Obi Parkplätzen und VfR Gelände (Ausschilderung, Schaffung von Durchgängen zur Abkürzung) (Skizze C)
  - d) Möglichkeiten der Beteiligung an den Kosten für alle Maßnahmen durch Verein, Anwohner, Stadt, Land, Bund und EU sind zu erörtern.

Begründung:

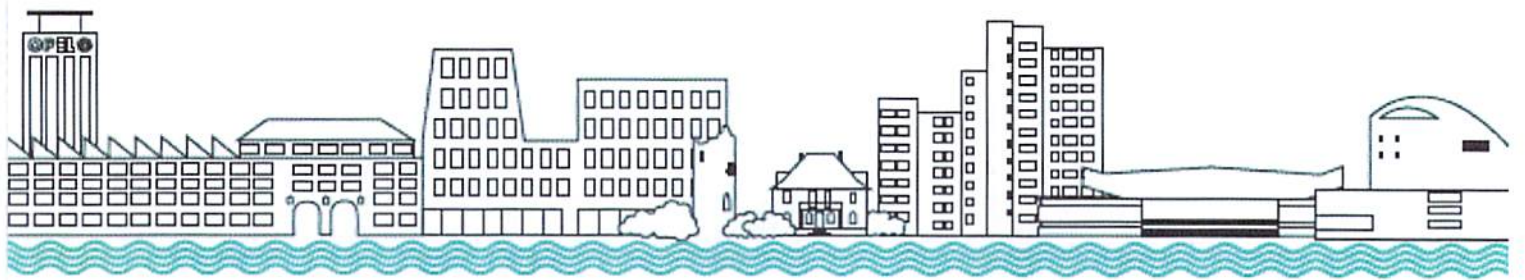
Rüsselsheim ist Sportstadt und Sport ist Staatsziel in Hessen. Als Stadtverordnetenversammlung freuen wir uns über die gute Frequentierung unserer Sportanlagen. Dort wo diese aber unzumutbare Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner mit sich bringt, ist die Stadt in der Pflicht, gemeinsam mit allen Beteiligten Lösungen zu erarbeiten und deren Umsetzung zu unterstützen.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim





Anlage: Skizze



An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jens Grode  
Marktplatz 4  
65424 Rüsselsheim

Rüsselsheim, 01.04.2019

**Vorstellung und Aushändigung der Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung  
zum Neubau eines Betriebshofes für den Städteservice  
Raunheim/Rüsselsheim**

**Antrag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Magistrat stellt unverzüglich, spätestens jedoch am 18. Juni 2019, in einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses die 2017 an ihn gegangene Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung zum Neubau eines Betriebshofes vor und stellt die dazu an ihn gegangenen Unterlagen vollumfänglich mit der Einladung zur Sitzung den Ausschussmitgliedern zur Verfügung.

**Begründung:**

Ob die Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung, wie von Oberbürgermeister Udo Bausch im Haupt- und Finanzausschuss vorgetragen wurde, fehlerhaft ist oder nicht, darf nicht anhand einer politischen Betrachtung festgemacht werden, sondern sollte sachlich im Fachausschuss beraten werden. Wenn dieses Ergebnis vorliegt, können offene Fragen entweder direkt geklärt, oder im Nachgang bearbeitete werden.



Michael Ohlert  
CDU Fraktion



Robert Adam-Frick  
FWR/FNR Fraktion



Abdullah Sert  
FDP Fraktion

Prof. Dr. Mathias Flörsheimer  
Stadtverordneter  
Königsberger Str. 23  
65428 Rüsselsheim  
E-Mail: florshg@web.de  
Tel.: 06142/2204764

13. Mai 2019

Herrn  
Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode  
z. Hd. Frau Breunig

**TOP 18, Gesamtwirtschaftlichkeitsberechnung Betriebshof  
Ergänzungsantrag zum Antrag von CDU, FDP und FW/NR**

**Ergänzungsantrag**

2. Die Berechnungen sind bis zum 18. Juni mit Hilfe der aktuellen Baukosten und Erkenntnisse auf den heutigen Stand fortzuschreiben.

**Begründung**

mündlich

*Mathias Flörsheimer*



Büro Stadtverordnetenversammlung  
z.Hd. Frau Breunig  
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim

14.04.2019

## **Antrag zur sofortigen Beschlussfassung**

### **Vorlage verschiedener Unterlagen und Analysen hinsichtlich der Standortfrage Städtesservice Raunheim/Rüsselsheim**

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim wird beauftragt:

- 1.) Der Städtesservice Raunheim/Rüsselsheim ist aufzufordern, die Mengen der unterschiedlichen Wertstofffraktionen sowie das aktuelle Preis- bzw. Gebührenmodell umgehend an die AWS zu übermitteln, damit die beschlossene wirtschaftliche Vergleichsrechnung unterschiedlicher Wertstoffhofkonzepte erfolgen kann.
- 2.) Der mögliche Standort an der Kläranlage ist vor dem Hintergrund möglicher Erweiterungserfordernisse der Kläranlage, dem Schallschutz für die benachbarten Wohnlagen (mit und ohne Wertstoffhof) sowie der Leistungsfähigkeit der Verkehrsanbindung, zu überprüfen.
- 3.) Für den Standort an der Kläranlage sind die Gesamtinvestitionskosten zu ermitteln. Es ist die Variante mit einem Wertstoffhof und ohne Wertstoffhof gesondert darzustellen.
- 4.) Für die grundlegende Modernisierung und Sanierung des Standorts Johann-Sebastian-Bach-Straße sind die Gesamtinvestitionskosten zu ermitteln. Es sind die Varianten mit Wertstoffhof und ohne Wertstoffhof gesondert darzustellen.
- 5.) Es ist grundsätzlich darzustellen, wie die Finanzierung der Investitionen erfolgen soll und welche Auswirkungen dies auf den städtischen Haushalt hat.
- 6.) Es werden Beispielrechnungen für die Bepreisung des zukünftigen Leistungskatalogs bei Realisierung des neuen Standorts (mit und ohne Wertstoffhof) für Rüsselsheim mit unterschiedlichen Eigenkapitalannahmen, inkl. einer Variante, die kein Eigenkapital vorsieht, vorgelegt. Gleiches ist auch für einen modernisierten Standort Johann-Sebastian-Bach-Straße zu erstellen.



## Begründung:

Um bei der Standortfrage Städtesevice Raunheim/Rüsselsheim weiterzukommen und die nötige Entscheidungsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung zu schaffen, bedarf es umfangreicher Unterlagen und Betrachtungen von verschiedenen Alternativen. Erst auf Grundlage dieser Informationen können Entscheidungen hinsichtlich des zukünftigen Standortes getroffen werden.

Bereits im Haupt- und Finanzausschuss wurde formuliert welche Unterlagen benötigt werden. Mit diesem Antrag wird dies nochmal verschriftlich und festgehalten.

Sanaa Boukayeo  
Fraktionsvorsitzende  
SPD

Maria Schmitz-Henkes  
Fraktionsvorsitzende  
Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz Schneckenberger  
Fraktionsvorsitzender  
Die Linke/Liste Solidarität

Robert Adam-Frick  
Fraktionsvorsitzender  
FW/FNR



Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
 Jens Grode  
 Rathaus  
 Marktplatz 4  
 65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 8. April 2019

### Antrag zur sofortigen Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 16. Mai 2019

Antrag:

Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung eine Drucksache vor, welche die Auswirkungen der Novellierung der HBO, insbesondere § 52 hinsichtlich Garagen, Stellplätzen für Kraftfahrzeuge und Abstellplätze für Fahrräder auf die Stadt Rüsselsheim am Main darstellt und die Alternativen für die zukünftige Gestaltung der Satzung zur Beratung und Beschlussfassung aufzeigt.

### Begründung

Die Übergangszeit, die in der Novellierung genannt wird, endet am 7.6.2019. Ab dann ist die HBO-Regelung anwendbar und Bauherr\*innen können sich darauf berufen. Die Stadtverordnetenversammlung wird mit einer solchen Drucksache in Kenntnis über die Folgen gesetzt und kann gegebenenfalls Korrekturen in ihrem Sinne vornehmen.

Sanaa Boukayeo  
 Fraktionsvorsitzende  
 SPD

Maria Schmitz-Henkes  
 Fraktionsvorsitzende  
 Bündnis 90/Die Grünen

Karl-Heinz Schneckenberger  
 Fraktionsvorsitzender  
 Die Linke/Liste Solidarität

Robert Adam-Frick  
 Fraktionsvorsitzender  
 FWR/FNR



An den  
Stadtverordnetenvorsteher  
Jens Grode  
Marktplatz 4  
65424 Rüsselsheim

Rüsselsheim, 26.04.2019

## Antrag zur sofortigen Beschlussfassung:

### Antrag:

1. Die Parkzeitbeschränkungen in der Straße „Am Borngraben“ werden wieder aufgehoben.
2. Gewerbetreibende, die Anlieger an Straßen und Plätzen mit Parkzeitbeschränkungen sind, erhalten zwei Parkausweise die nicht kennzeichengebunden sind, sondern auf den Betrieb ausgestellt sind.

### Begründung:

In der Straße „Am Borngraben“ gibt es zwischen 8 und 18 Uhr keine Probleme mit „Dauerparkern“. Durch die jetzt eingeführte Parkzeitbegrenzung werden für Anwohner, Kunden von Betrieben sowie Mitarbeitern einer Kindertagesstätte erst „Probleme“ erzeugt. In Königstädten und Bauschheim sind die Regelungen zur Parkraumbewirtschaftung in den Ortsbeiräten diskutiert und angepasst worden. Dies ist in Haßloch nicht geschehen und muss nun nachgebessert werden. Zukünftig müssen solche Maßnahmen transparenter mit den direkten Anliegern besprochen werden.

Es ist nicht praktikabel für Gewerbebetriebe, die Anlieger an einer Zone mit Parkzeitbeschränkung sind, Dauerparkscheine auszustellen, die an Kfz Kennzeichen gebunden sind. Ein Betrieb, der beispielsweise mehrere Mitarbeiter hat, die in der Regel aber nicht zeitgleich arbeiten, benötigt zur praktikablen Umsetzung Dauerparkscheine, die an den Betrieb, nicht aber an ein Fahrzeug gebunden sind.



Michael Ohlert  
CDU Fraktion



Robert Adam-Frick  
FWR/FNR Fraktion



Abdullah Sert  
FDP Fraktion

WSR-Fraktion  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115  
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de



Rüsselsheim am Main, den 06.05.2019

**Antrag zur sofortigen Beschlussfassung in der Sitzung am  
16.05.2019**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 13.12.2018 zur DS 369/16-21 wird aufgehoben.
2. Der Magistrat erarbeitet gemeinsam mit den Anwohnerinnen und Anwohnern in den betroffenen Gebieten eine neue Satzung und legt diese zu den HH Beratungen 2020 der Stadtverordnetenversammlung vor.

Begründung:

Die zahlreichen Proteste in den betroffenen Stadtteilen zeigen deutlich, dass die am 13.12.2018 beschlossene Satzung keinerlei Akzeptanz bei den Anwohnerinnen und Anwohnern findet und mehr Probleme schafft, als sie löst.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim





# DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

.....  
Marktplatz 4  
FON 06142/1624998  
MAIL [Fraktion@liste-solidaritaet.de](mailto:Fraktion@liste-solidaritaet.de)  
INTERNET [www.linke-liste-solidaritaet.de](http://www.linke-liste-solidaritaet.de)  
Fraktionsvorsitzender  
K.-H. Schneckenberger  
Rathausstr.4  
FON 06142/33182

Rüsselsheim, den 7.5.2019

An das  
Büro des Stadtverordnetenvorstehers  
z.H. Fr. Breunig

## **Antrag zur DS 501 Abschaffung Raucherpausen Behandlung in der SVV**

Die SVV fordert den Magistrat auf, seinen Beschluss zu revidieren und die bisherige Regelung für Raucherpausen in der Verwaltung beizubehalten.

### **Begründung:**

mündlich

Für DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT



K.-H. Schneckenberger

WsR-Fraktion  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim am Main

Telefon: 0157 383 62 115  
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de



Rüsselsheim am Main, den 01.05.2019

*Anfrage nach §21(2) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung*

**Bericht des Oberbürgermeisters zum aktuellen Bearbeitungsstand der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung aus dem November 2016 zum Themenkomplex „Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit“ in der Rüsselsheimer Innenstadt**

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

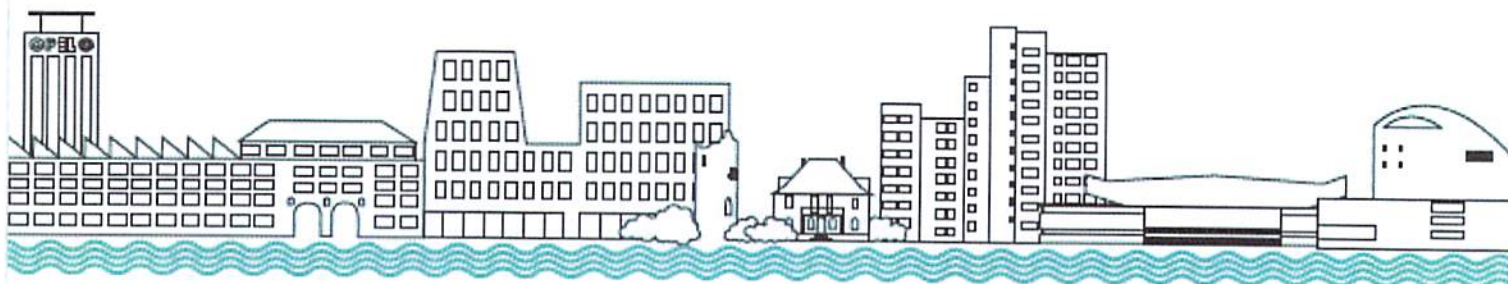
wie viele Bürgerinnen und Bürger sind auch die Mitglieder der WsR Fraktion durch den Ausbruch sinnloser Gewalt in der Rüsselsheimer Innenstadt tief erschüttert.

Nun ist nicht die Zeit für Parteipolitik. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht eine deutliche Reaktion der Sicherheitsbehörden und des Magistrates, um das Vertrauen in den Rechtsstaat wiederherzustellen.

Bereits im November 2016 hat die Stadtverordnetenversammlung in einem großen überparteilichen Beschluss den Magistrat aufgefordert, Maßnahmen zum Themenkomplex „Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit“ in der Rüsselsheimer Innenstadt zu erarbeiten und zeitnah umzusetzen.

Geschehen ist seither sehr wenig. Von den versprochenen Konzepten wurde bisher kein einziges erarbeitet und der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt. Vieles befindet sich „in der Prüfung“. Nun sind fast drei Jahre vergangen und mit dem versuchten Tötungsdelikt am Bahnhofplatz vor vier Wochen und dem Schusswechsel am vergangenen Samstagmorgen ist die Lage weiter eskaliert.

Der Magistrat und insbesondere der Ordnungsdezernent Oberbürgermeister Udo Bausch haben in diesen Tagen die gemeinsame Verantwortung, ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und zu zeigen, dass sie in der Lage sind, Recht und Gesetz auch im Bereich der Innenstadt aufrechtzuerhalten.



Die WsR Fraktion erwartet deshalb in der Stadtverordnetenversammlung am 16.05.19 einen Bericht des zuständigen Dezernenten Oberbürgermeister Udo Bausch zum aktuellen Sachstand der Bearbeitung des Antragskomplexes „Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit“ in der Rüsselsheimer Innenstadt aus dem November 2016.

Hierbei soll Oberbürgermeister Udo Bausch seine Vorstellungen für die zukünftige Sicherheitsarchitektur in der Rüsselsheimer Innenstadt dem Parlament vorstellen und u.a. folgende Fragen beantworten

- Sachstand zum Beschluss/Prüfung einer Polizeiwache in der Innenstadt, Zeitplan für die Umsetzung
- Sachstand zum Beschluss Fußstreifen von Stadtpolizei/Landespolizei auch in der Nacht und am Wochenende durchzuführen
- Ergebnisse der Kontrollen von Lokalen, Spielhallen, Wettbüros und Shisha Bars in der Innenstadt und aktuelle Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik
- Ergebnisse von Personen- und Fahrzeugkontrollen, aktuelle Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik
- Aktuelle Situation Überwachung ruhender Verkehr und Handlungsempfehlungen für die Kommunalpolitik
- Sachstand Beschluss der Erarbeitung eines Beleuchtungskonzeptes für die Innenstadt und Zeitplan für die Umsetzung
- Saubere Innenstadt. Sachstand angekündigtes Konzepte mit Treffpunkt Innenstadt und Städteservice, sowie Zeitplan für die Umsetzung
- Sachstand Beschluss Umsetzung Alkoholverbot in der Öffentlichkeit an bestimmten Orten und Zeitplan für die Umsetzung
- Ferner war der Presse zu entnehmen, dass sich die Haltung des Magistrates zur Einführung der Videoüberwachung geändert hat. Auch hier hätten wir gerne eine Aussage von Udo Bausch, wie er sich diese zukünftig vorstellt und welche konkreten Maßnahmen (Arbeitsgruppe mit der Polizei und Ähnliches) jetzt ergriffen werden.





**In seltener Geschlossenheit hat die Stadtverordnetenversammlung mit den damaligen Beschlüssen dem Magistrat einen gemeinsamen umfassenden Arbeitsauftrag erteilt. Wir erwarten, dass dieser nun endlich auch entschlossen bearbeitet wird.** Sollte der Magistrat widererwartend noch weitere Beschlüsse als notwendig erachten, müssen diese schnellstmöglich durch Drucksachen vorbereitet werden.

Da wir bereits im Februar 2018 eine ähnliche Anfrage nach §21(2) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zum selben Thema gestellt haben und die Beantwortung durch Oberbürgermeister Udo Bausch sowohl in der Stadtverordnetenversammlung am 12.02.18 als auch am 22.03.18 ausblieb, weisen wir schon jetzt aus kollegialen Gründen darauf hin, dass wir auf eine Beantwortung der Anfragen vor dem Parlament bestehen und bereit sind, diese notfalls auch vor einen Verwaltungsgericht einzuklagen. Wir gehen aber selbstverständlich davon aus, dass dies nicht notwendig sein wird.

Mit freundlichen Grüßen

